

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortliche Leitung: Georg Burkhart.

No. 37.

Erscheint jeden Wochentag Abends 1/6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Rtl. 25 Pf., zweimonatlich 1 Rtl. 50 Pf., einmonatlich 75 Pf.

51. Jahrgang.

Dienstag, den 14. Februar.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen. Preis für die Spaltzeile 13 Pf. Außerhalb des Landgerichtsbezirks 15 Pf.

1899.

Stangen- und Brennholzversteigerung im Freiburger Wald.

In der Schankwirthschaft Fernesehen sollen

Mittwoch, den 22. Februar dieses Jahres von früh 9 Uhr an

68 Stück sichte Stangen von 8,14 cm Unterstärke,
90 1/2 m harte und weiche Scheite, Rollen und Baden,
62 " weiche Stöcke,
205 " weiches Reisig

gegen Vorzahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.
Freiberg, den 11. Februar 1899.

Der Stadtrath.
Dr. Schroeder. Frg.

Bekanntmachung.

Während der nächsten Montag und Dienstag, den 20. und 21. Februar ds. Js. im hiesigen Rathhause stattfindenden Reinigung der Amtszimmer ist das Stadesamt nur

Montag, den 20. Februar 1899 Vormittags von 9 bis 12 Uhr für Anmeldung von Sterbefällen und Todgeburtten geöffnet.
Freiberg, am 13. Februar 1899.

Der Stadesbeamte.
Lohse. Bg.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gutsbesizers **Ernst Florian Ficker** in **Falkenberg** ist in Folge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf

Freitag, den 3. März 1899, Vormittags 10 1/2 Uhr, vor dem königlichen Amtsgerichte hier selbst, Zimmer No. 33, anberaumt.
Freiberg, den 11. Februar 1899.

Schr. Nicolai,

K. 18/98. No. 57. Gerichtsschreiber beim königlichen Amtsgerichte daselbst, Abth. I.

Im Depositorium des unterzeichneten Gerichts befinden sich folgende Testamente:
1. der Christiane Karoline verehel. Ficker geb. Hänsig in Erbsdorf, errichtet am 28. Juni 1849,
2. der Antonie Rosalie verehel. Ludwig geb. von Waldorf in St. Michaelis, errichtet am 18. Juli 1849,

3. der Amalie Wilhelmine verw. Behr geb. Nechenberger in Erbsdorf, errichtet am 17. Juni 1878.

Da von dem Leben dieser Personen seit der Testamentserrichtung keine Nachricht vorhanden ist, so wird nach § 38 B. O. B. als beschollen gelten, so wird dies nach § 11 der Verordnung vom 9. Januar 1868 hierdurch mit der Ankündigung bekannt gemacht, daß, wenn innerhalb sechs Monaten vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an weder jemand, der dazu befugt, auf die Eröffnung antrage, noch jemand nachweise, daß sie zu unterlassen sei, nach den Vorschriften der §§ 12 und 13 der obigen Verordnung werde verfahren werden.

Brand, am 10. Februar 1899. Das königliche Amtsgericht.
Reg. IV 25/99. W. Bauer.

Holzversteigerung auf dem Einsiedler Staatsforstreviere.

Im Rippmann'schen Gasthose zum „Grünen Gericht“ in Neuhausen sollen

am 20. und 21. Februar ds. Js.

folgende im Einsiedler Forstreviere in den Schlägen, Buchenorten, Durchforstungen und im Einzelnen in Abth. 8 bis 10, 19, 27, 31, 32, 35, 37, 38, 42, 45, 47, 57, 60 bis 69, 71, 75, 76, 78 bis 80 und 83 aufbereitete Ruß- und Brennholz an die Meistbietenden versteigert werden, und zwar:

Montag, den 20. Februar,

von Vormittags 10 Uhr an:

73 w. Stämme, 48 w. Drechslertlöcher, 8589 w. und 2172 h. Klözer, 516 h. Reischelstangen, 140 w. Drehstangen und 1430 w. Reischelstangen;

Dienstag, den 21. Februar,

von Vormittags 9 Uhr an:

44 rm h. und 2 rm w. Rußscheite, 264 rm h. und 112 rm w. Brennweite, 82 rm h. u. 86 rm w. Brennküppel, 246 rm h. und 8 rm w. Baden, 146 rm h. und 709 rm w. Keste, 264 rm h. und 460 rm w. Abraumreisig, 0,50 Kubdrt. h. Reisig und 208 rm w. Brennfüße.

Näheres ist aus den bei den Ortsbehörden und in den Schankstätten der umliegenden Ortschaften aushängenden Plakaten zu ersehen.

Kgl. Forstrevierverwaltung Deutsch-Einsiedel u. Kgl. Forstrentamt Frauenstein am 8. Februar 1899.

Rineck.

Krause.

Unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im Reichstag.

nh. Berlin, den 11. Februar.

Ein Tag erster Ordnung in parlamentarischer Beziehung war das heute, aber ohne die den „großen Tagen“ des Reichstags sonst eigenthümliche äußere Fülle; die Tribünen waren nur mäßig besetzt. Das große Publikum hatte sich offenbar von der heutigen Tagesordnung „Interpellation Graf Kanitz über unsere handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika“ nicht viel versprochen. Und in der That hätte die Verhandlung auch ebenso gut einen recht nüchternen Verlauf nehmen können, ja, zu Anfang hatte es sogar ganz den Anschein, als ob es so kommen würde. Denn sowohl die Begründung der Interpellation durch den Grafen Kanitz (l.) wie die Beantwortung durch den Staatssekretär des auswärtigen Amtes v. Bülow beschränkten sich streng auf die wirtschaftspolitische Seite unserer Verhältnisse zu Amerika. Immerhin war es ganz interessant und entbehrte auch nicht eines gewissen pikanten Reizgeschmacks, gerade Graf Kanitz, dessen Name bei uns fast zu einem Gattungsbegriff für das Hochschutzzollsystem geworden ist, gegen die Schutzzollerei der Amerikaner weitern zu hören. Nach ihm hat das Schutzzollsystem jenseits des großen Wassers einen Grad erreicht, der als unerträglich Auswuchs bezeichnet werden müsse; die Folge dieser rücksichtslosen Tarifpolitik sei ein rapides Sinken des deutschen Exports und es seien deshalb scharfe, kraftvolle Gegenmaßnahmen nötig, am besten ein in ungefährer Höhe des Dingley-Tariffs gehaltener autonomer Zolltarif. — Der Staatssekretär hatte seine Antwort gegen seine sonstige Gewohnheit schriftlich fixirt und verlas sie; sie war also wohl vorher vom Reichskanzler genehmigt worden. Man kann von ihr nur sagen, sie war diplomatisch, d. h. sie gab keine bestimmte Auskunft, sondern war eine Umschreibung der Streitfrage in möglichst unverbindlichen Ausdrücken. Die Differenzen beruhen danach hauptsächlich auf der Auslegung des Begriffs der „Meistbegünstigung“, die Verhandlungen darüber seien in der Schwebe, eine erschöpfende Aeußerung sei also unmöglich, man möge aber zu der Regierung das Vertrauen haben, daß sie die berechtigten deutschen Interessen entschieden wahren werde.

Soweit war alles ganz programmäßig verlaufen, so wie es jeder erwartet hatte, und bei Eröffnung der Besprechung durch Dr. Vieber (c.) hatte das Interesse an der Sache schon recht nachgelassen. Aber die drei nächsten Redner brachten drei bedeutende Kundgebungen, die um so mehr einschlugen, als sie ganz überraschend kamen. Dr. Vieber hielt sich anfangs auch noch an das Thema, sprach der Regierung das erbetene Vertrauen aus, erkannte an, daß für uns mancherlei Anlaß zu Beschwerden gegen Amerika vorläge, hob dann aber hervor, daß auch bei uns Dinge geschehen wären, die drüben als Chikanen empfunden werden müßten und deshalb dort Gereiztheit gegen uns erzeugten. Zum Schluß jedoch forderte der Redner die Regierung mit dünnen Worten auf, sich auch über die allgemeinen politischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu äußern, die von manchen Seiten in ein trübes Licht gestellt wurden.

Vorher der Staatssekretär dieser heikeln Aufforderung nachkam, gab es eine zweite Ueberraschung. „Das Wort hat der Herr

Abgeordnete Fürst Bismarck-Schönhausen!“ erdachte es vom Präsidentenstuhl, und Hunderte von Hälsen reckten sich auf den Tribünen in die Höhe, um den jetzigen Träger dieses jeden Deutschen so vertrauten Namens zu sehen. Fürst Bismarck erinnerte in seiner harten, oft geradezu abgeriffen klingenden Rede-weise sowie in seinen schnellen und heftigen Gesten vielfach an seinen Vater, den er, was besonders auffiel, mehrmals mit „Fürst Bismarck“ bezeichnete. Der Inhalt der heutigen Ausführungen des Abg. Fürst Bismarck war von Anfang bis zu Ende eine fast begeisterte Lobeshymne auf die jetzige Reichsregierung und speziell auf den jetzigen Staatssekretär des auswärtigen Amtes, den er wie keinen Zweiten für dieses Amt, das er bekanntlich früher unter seinem Vater selbst bekleidet hatte, geeignet halte. Auf der linken Seite des Hauses riefen diese Erklärungen oft starke Heiterkeit hervor, da man aus ihnen eine gewisse Absicht herauszumerken glaubte. Und in der That hatten wohl Alle, die der heutigen Sitzung anwohnten, die Empfindung, daß hier etwas Besonderes zu bedeuten, das ist der offizielle Friedensschluß des Hauses Bismarck mit der jetzigen Regierung; und die Folgen werden bei dem nächsten Wochtagewechsel an der Thematik zu Tage treten.

Staatssekretär v. Bülow dankte für das ihm und seinen Kollegen so freigebig gespendete Lob und Vertrauen und gab dann, dem Wunsche Dr. Viebers folgend, eine Skizze unserer Beziehungen zu der großen überseeischen Republik. Durch seine schon oft geschilberte sichere, bestimmte und mit etwas humoristisch angehauchten Bildern durchsetzte Sprechweise hat sich Herr v. Bülow schnell zu den beliebtesten Redner am Bundesrathstische gemacht, der einer aufmerksamen und dankbaren Zuhörerschaft immer sicher sein kann. Graf Posadowsky ist sicher ein besserer und vor allem schlagfertiger Redner, aber ihm fehlt meistens der Humor und — der Reichstag hört ihn zu oft; die Gewohnheit stumpft das Interesse allmählich ab. Ich kann mir vorstellen, das Bülow's Reden, wenn man sie oft hört, direkt unangenehm wirken würden; da sie aber für die Reichsboten nur selten gebotene Kost sind, so wirken sie stets. Auch die heutigen Ausführungen wurden von der rechten Seite mit fortwährenden Bravos begleitet. Ihre Quintessenz ging dahin, daß unser politisches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten niemals gestört gewesen ist, daß es keinen Punkt giebt, wo sich die beiderseitigen Interessen feindlich begegnen, daß zwar manchmal gewisse Stimmungen und Bestimmungen vorhanden sind, denen mit logischen Gründen schwer beizukommen ist, daß es aber durch gerade und offene Aussprache immer gelingen wird, solche eingebildeten Differenzen zwischen zwei großen Völkern auszugleichen. Den in der Diplomatenloge zahlreich anwesenden Amerikanern wird es angenehm in die Ohren gelungen haben, daß er die gewaltigen Vorzüge des amerikanischen Volkes rühmend hervorhob und dann erklärte, daß Deutschland während des letzten Krieges in jeder Beziehung eine streng neutrale und loyale Stellung eingenommen und nichts gethan habe, was gegen die berechtigten amerikanischen Interessen hätte verstoßen können.

Die weitere Debatte hatte unter starker Unaufmerksamkeit des Hauses zu leiden. Hatte man auch vorher den Friedensschalmeien des Herrn v. Bülow willig Gehör geschenkt und sie mit Zustimmung und Jubel begleitet, so beklagten sich doch jetzt einige

Vertreter von Industrie und Landwirtschaft recht bitter über das rücksichtslose und chikanöse Gebahren der amerikanischen Zollverwaltung, von dem namentlich Abg. Münch-Kerber (nl.) eine drastische Schilderung gab. Und eine indirekte Zustimmung fanden sie — beim Grafen v. Posadowsky, der in ziemlich scharfer Weise das unbeschränkte Meistbegünstigungsrecht für unsere Ausfuhr reklamierte und der allem Anscheine nach die Amerikaner nicht für die liebenswürdigsten Leuten hält, mit denen man sich einfach freundlich ausspricht, um die Differenzen schnell zu beseitigen.

Im Einzelnen wird berichtet:

Abg. Graf Kanitz (konf.) verweist auf die alle europäischen Staaten mehr und mehr beunruhigende Zunahme des amerikanischen Imports und Abnahme unseres Exports und deren Ursache, eine fast rücksichtslose Tarifpolitik der Vereinigten Staaten. Es hänge das u. A. auch zusammen mit der Ueberschwengung der Erbsitzbildung. In Folge des Dingley-Tarifes habe sich unsere Handelsbilanz Amerika gegenüber enorm verschlechtert und zwar um 85 Millionen Dollars, oder um 340 Millionen Mark. Speziell weise auch die zunehmende Aktivität Amerikas beim Goldexport und -Import bedeutliche Fissern auf. In ganz besonderer Maße habe unser Zucker-Export nach dort gelitten. Besonders nachtheilig für uns seien drüben die Zollpladereien, sodaß unsere Industriellen vielfach mit Verlusten exportirten und die Beziehungen mit Amerika nur aufrecht erhielten in der Hoffnung auf Besserung. Frankreich habe im Mai vorigen Jahres ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen zu Bedingungen, zu denen auch die deutschen Landwirthe ein Abkommen mit Amerika zu schließen durchaus bereit seien. Unser Vertrag mit Amerika von 1828, der die Meistbegünstigung statuierte, werde von Amerika schon längst nicht mehr beachtet. Die Folge davon — schon eine Note des früheren Staatssekretärs von Marschall vom 5. Mai 1897 habe dies anscheinend andeuten wollen — müßte also sein, daß wir Amerika gegenüber unseren Generaltarif anwenden. Mindestens müßte man doch Amerika bemerklich machen, daß wir nicht geneigt sind, Abnehmer gerade von amerikanischem Getreide und anderen Bedarfsartikeln, wie Kupfer, Holz, Zucker, Petroleum, Baumwolle u. s. w. zu sein. Er bittet den Staatssekretär, die Wichtigkeit aller solcher Zollherhöhungen gegen Amerika ins Auge zu fassen. Die Landwirtschaft habe daran kein direktes Interesse, denn ihr sei es gleich, ob jene Waaren von Amerika oder von wo anders herkämen; sie hätten nur ein mittelbares Interesse daran, daß nicht unserer Industrie ein so einheitliches Absatzgebiet wie Amerika es sei, verloren gehe. Er bitte den Staatssekretär mit derjenigen Energie vorzugehen, die traditionell in unserer auswärtigen Politik sei. (Beifall.)

Staatssekretär v. Bülow verliest in Beantwortung der Interpellation eine Erklärung: Eine erschöpfende Aeußerung über den Standpunkt der deutschen wie der amerikanischen Regierung sei angesichts der schwebenden Verhandlungen heute nicht angängig. Die Differenzen mit Amerika seien im Wesentlichen auf die verschiedene Auslegung der vertragmäßig zugesicherten Meistbegünstigung zurückzuführen. Die deutsche Regierung habe aus den Vertragsbestimmungen, die der Staatssekretär verliest, stets unbeschränkte Meistbegünstigung für Deutschland in allen Zoll-